

stärksten Widerspruch wurde davon Kenntnis genommen, daß Abg. Edel die Rechte eines Berichterstatters der Minderheit nach G.D. § 39 Abs. 3 ausüben wolle.

(Abg. Edel: Wir haben einen Minderberichterfasser verlangt, wie es im Protokoll steht.)

Als später weitere Berichterstatter der Minderheit bestellt werden sollten, ergaben sich allerdings Meinungsverschiedenheiten. Zunächst wurde ein besonderer Berichterstatter der Minderheit für einen von mir zur Vorlage Nr. 13 gestellten Änderungsantrag verlangt, dessen Zulässigkeit übrigens ohne Recht bestritten worden ist. Da bereits für Minderheitsanträge zu Vorlage Nr. 13 ein Berichterstatter der Minderheit bestellt war, mußte dieser Anspruch zurückgewiesen werden. Im übrigen hat aber der Vorsitzende keineswegs sich geweigert, das Recht der Minderheiten auf Berichterstatter anzuerkennen.

(Abg. Edel: Freilich haben Sie sich geweigert. Sie sind nur unter dem Zwang der Paragraphen dazu gekommen! — Abg. Kaufisch: Stundenlang mußten wir dafür kämpfen! — Abg. Edel: Das kommt alles nicht, was da drin steht!)

4. Auch das Recht der Minderheit auf Drucklegung einer Begründung ihrer Anträge nach G.D. § 38 Abs. 5 ist nicht bestritten worden.

(Abg. Edel: Weil Sie es nicht mehr konnten!)

Da es sich hierbei aber nicht um Berichte handelt, die im Auftrage des Ausschusses erstattet werden, waren diese Begründungen auch dem Ausschuss nicht zur Beschlussfassung vorzulegen. Für Abfassung dieser Begründungen wurde ein voller Sitzungstag freigegeben.

(Abg. Edel: Gnädig!)

Die beanstandete Frist war nur durch die Obstruktion veranlaßt, wie übrigens auch schriftliche Berichterstatter und Drucklegung der Begründungen von Minderheitsanträgen selbst nur als Obstruktionsmittel beantragt worden waren. Was angeordnet wurde, war demnach nach der Geschäftsordnung zulässig und sachlich gerechtfertigt.

(Abg. Edel: Das war wieder einmal eine richtige Jesuitenpredigt!)

Präsident: Die Erklärung wird zur Kenntnis genommen. Zur Tagesordnung wünscht der Herr Abg. Dr. Bläher zunächst das Wort.

Abg. Dr. Bläher (D. Sp.): Wir beantragen: vor Eintritt in die Tagesordnung als ersten Punkt zu beraten: Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, und beantragen, morgen vormittag 11 Uhr die nächste Sitzung anzulegen mit der Tagesordnung: Zweite Beratung über die Vorlage Nr. 13. (Zuruf b. d. Soz.: Das könnte Ihnen so passen!)

Präsident: Es ist der Antrag gestellt worden, vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag Dr. Bläher, den Sie eben gehört haben, zu behandeln. Ist der Landtag damit einverstanden? (Zuruf b. d. Komm. u. Soz.: Nein! — Abg. Edel: Das ist wieder ein Bruch der Gewöhnlichkeiten!)

Der Antrag wird mit 46 gegen 45 Stimmen angenommen.

Abg. Hartisch (Soz. — zur Geschäftsordnung): Herr Abg. Dr. Bläher hat den Antrag gestellt, morgen eine Sitzung einzuberufen. Die Sozialdemokratische Fraktion wendet sich gegen diesen Antrag und beantragt entgegenge- setzt, die nächste Sitzung am 19. November einzuberufen. (Lachen rechts.) Zur Begründung brauche ich bloß darauf zu verweisen, daß ja am 17. November eine außerordentlich wichtige politische Entscheidung in Sachen gefällt werden muß, und wir denken gar nicht daran, die Auseinandersetzungen über eine so wichtige politische Entscheidung uns dauernd dadurch stören zu lassen, indem Sie unter Beugung der Rechtsverhältnisse und unter Bruch der Geschäftsordnung Tag für Tag eine Sitzung verlangen. (Zustimmung links. — Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Wenn man die Berichterstatter der bürgerlichen Parteien in der Presse zu dem ganzen Fragenkomplex verfolgt, dann kann man allerdings feststellen, daß diese bürgerliche Berichterstatter die Grundlage des ganzen Streites auf eine vollständige falsche Basis schieben will. Es ist doch so: Sie, meine Herren von der Rechten, die Sie sich nicht einmal getraut haben, Ihren Standpunkt das letzte Mal hier in aller Öffentlichkeit zu vertreten, wollen sich jetzt durch die Methode, uns in der Öffentlichkeit vor der Arbeiterschaft zu diskreditieren, aus der Schlinge ziehen; und deswegen ist es vollständig abwegig, wenn z. B. Herr Dr. Dehne glaubt, uns in der Presse gute Ratschläge darüber geben zu müssen, daß wir die Geschäftsordnung nicht ordentlich gehandhabt oder ausgelegt hätten. Wir weisen solche Belehrungen dankend zurück, und ich stelle fest, daß das so ziemlich den Höhepunkt in bezug auf demagogische Leistungen darstellt. (Zustimmung links.) Sie wissen ganz genau, daß Sie für die Vorgänge, die sich hier abgepielt haben, ganz allein verantwortlich sind, weil Sie nichts anderes getan haben, als sowohl im Ausschuss als auch hier im Plenum das Recht vollständig immer in Unrecht umzuwandeln. Gegen diese Demagogie wenden wir uns mit aller Entschiedenheit.

Ich stelle noch einmal fest: Wir haben im Ausschuss einen Minderberichterfasser verlangt, wir haben ihn auch zugewilligt erhalten, und es ist eine nachträgliche Demagogie, die darauf hinauslaufen will, daß zwischen Minderberichterfasser und Berichterstatter der Minderheit ein Unterschied gemacht werden müsse. Ich stelle deswegen im Gegenjah zu Herrn D. Widmann fest, daß wir an allen unseren Behauptungen vollinhaltlich festhalten, daß alles das stimmt, was wir gesagt haben, und verweise nochmals darauf, daß die §§ 38, 5 und 39, 3 ganz klar unser Recht in der Geschäftsordnung festlegen. Es ist auf jeden Fall ungeheuerlich, wenn man den Minderberichterfasser zumutet, daß sie ohne Kenntnis der atemmäßigen Grundlagen, ohne daß man ihnen diese ausgehändigt hat, einen schriftlichen Bericht abgeben sollen. Ein solches Verhalten wäre leichtfertig von den Minderberichterfassern. Ich stelle fest, daß wir erst heute verlangen mußten, daß diese Akten an die Mitglieder des Landtages ausgehändigt werden (Zuruf links.) und daß die Minderberichterfasser diese

Akten erst heute morgen zugestellt erhalten haben. Und da wollen Sie sagen, daß Sie von der Bestimmung, daß die Minderberichterfasser angemessene Zeit haben müssen, Gebrauch machen? Was Sie tun wollen, ist nichts anderes, als den Rechtsboden zu erschüttern durch eine parlamentarische Anarchie. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Sie wollen einfach den Terror, den man gegen uns im Ausschuss angewandt hat, auch auf die Verhandlung im Plenum übertragen. (Sehr richtig! links.) Als es sich seinerzeit darum gehandelt hat, Arbeiterleben und Arbeiterblut zu schütten, da haben Sie 7 Monate gebraucht, um diesen Bericht herzustellen (Sehr richtig! links.), und heute, wo es sich um den Raub von Arbeiterrechten handelt, da drücken Sie die Sachen durch, da können Sie die Fristen nicht kurz genug setzen. (Sehr richtig! links.)

Wir haben im Verfolg der Angelegenheit heute noch folgende Anfrage eingebracht:

Sicherem Vernehmen nach ist eine Delegation des Sächsischen Saalinhaververbandes bei der Regierung vorstellig geworden, um zu erreichen, daß in diesem Jahre die Aufhebung des 9. November als gesetzlicher Feiertag mit Rücksicht auf die sonst dem Gewerbe- und Industriebetriebe entstehenden wirtschaftlichen Schäden unterbleibt.

(Lebhaftes Hört, hört! links.)

Wir fragen die Regierung:

Gedenkt sie dem Verlangen der in Frage kommenden Wirtschaftskreise Rechnung zu tragen oder ist sie gewillt, den rechtsstabilen Parteien des Landtages nachzugeben, die aus Prestige Gründen die Vorlage Nr. 13 noch vor dem 9. November verabschieden wollen? Sie wissen ganz genau, daß das, was wir in dieser Hinsicht bereits im Ausschuss beantragt hatten, den Stimmungen in diesem Kreise entspricht, aber trotzdem setzen Sie sich, die Sie die Belange der Wirtschaft sonst immer wahrten wollten, in leichtfertiger Weise über diese Dinge hinweg. Deshalb beantragen wir, die nächste Sitzung auf den 19. November festzusetzen.

Abg. D. Widmann (Dsch. Sp.): Herr Abg. Hartisch hat behauptet, daß die Herren Minderberichterfasser ihre Aufgabe nicht haben erledigen können, weil ihnen das notwendige Material nicht zur Verfügung gestellt worden sei. Ich stelle fest, daß ich sofort der Kanzlei Anweisung gegeben habe, die Niederschriften und Stenogramme den Herren zur Verfügung zu stellen. (Zuruf b. d. Soz.: Genügt doch nicht!) Die Kanzlei ist dieser Anordnung nachgekommen und teilt mir in Erledigung dieses Auftrages folgendes mit:

Die Niederschriften des Rechtsausschusses über die Beratung der Vorlage Nr. 13 usw. sind den Herren Berichterstattern jeweils nach Fertigstellung zugestellt worden, und zwar:

- 1. die Niederschrift vom 24. Oktober 1929 am 26. Oktober 1929 Herren Abg. Dr. Eberle und Edel,
- 2. die Niederschrift vom 25. Oktober 1929 am 26. Oktober 1929 denselben Herren und den Herren Abg. Renner, Schöning und Herrmann,
- 3. die Niederschriften vom 28. Oktober 1929 am 30. Oktober 1929 denselben Herren,
- 4. die Niederschrift vom 29. Oktober 1929 am 30. Oktober 1929 denselben Herren.

Gleichzeitig sind die entsprechenden Niederschriften der Regierung überandt worden.

(Abg. Edel: Das sind doch nicht die einzigen Unterlagen!) Das geschickte Aktenstück enthält nichts weiter als das, was in Abschrift die Herren rechtzeitig und sofort zur Verfügung gestellt bekommen haben. (Widerspruch b. d. Soz. — Zuruf: Wo sind die Eingaben?)

Abg. Bertel (Soz.): Daß Sie unter Bruch der Geschäftsordnung die Durchprüfung der Vorlage vornehmen wollen, dürfte wohl trotz der Erklärungen des Bürgerturns feststehen. Bezeichnet ist aber nun wieder folgender Vorgang. Der Herr Präsident hat auf Grund seiner ihm durch das Land gegebenen Vorschriften das Recht, die Tagesordnung für eine Sitzung festzusetzen. Die Bürgerlichen wollen dieses Recht des Präsidenten dadurch beschneiden, daß sie sagen: wir sind bereit, diese Tagesordnung heute zu verhandeln, knüpfen aber Bedingungen daran. (Hört, hört! links.) Das ist ein unerhörter Vorgang (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz. und Komm. — Abg. Dr. Bläher: Sie haben keine Ahnung!) und wieder ein neuer Bruch der Geschäftsordnung. Sie haben sehr viel Ahnung von Demagogie, Herr Kollege Bläher. (Zuruf b. d. Soz.: Das können Sie in Ihrer Volkspartei machen, aber nicht im Landtage!) Uns ist es ja verständlich, daß das Bürgerturn wünscht, daß der Feiertag des 9. November so schnell wie möglich beseitigt wird. Denn das ist die Erinnerung an eine Schande für Sie, als Sie im Jahre 1918 zu feige waren (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz. und b. d. Komm.), das zu vertreten und zu verteidigen, was Sie bisher vertreten und verteidigt haben, genau so feige, wie Sie heute sind, um Ihren Standpunkt zu rechtfertigen. (Stürmische Zustimmung b. d. Soz. und b. d. Komm. — Hammer des Präsidenten. — Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Nun wird behauptet, daß der Herr Minderberichterfasser Zeit genug gehabt habe, seinen Bericht fertigzustellen. Da will ich doch darauf hinweisen, wieviel Zeit der Herr Minderberichterfasser Lippe — es geht Sie an, Herr Lippe (Zuruf b. d. Soz.) — gebraucht hat, um seinen Bericht im Falle Böhlen zu erstatten (Sehr richtig! b. d. Soz. u. Komm.) Als der seinerzeit von uns beantragte Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, da habe ich am 8. September den ersten Bericht im Rechtsausschuss erstattet, und da kam der Herr Kollege Lippe und sagte: Ich kann keinen Bericht geben, denn mir ist kein Material zugegangen (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz. u. Komm.), und er hat dann volle 7 Wochen gebraucht, um seinen ersten außerordentlich oberflächlichen Bericht fertigzustellen. (Abg. Lippe: Sie alter Flegel! — Stürmische Zurufe b. d. Soz. u. Komm. — Der Abg. Lippe und der Redner erhalten beide einen Ordnungsruf.)

Ich möchte feststellen, daß ich dem Herrn Abg. Lippe seinen Vorwurf gemacht habe. (Fortgesetzte Zurufe b. d. Soz. u. Komm., u. a.: Ein zynischer Herr!) Herr Kollege Lippe hat seinerzeit im Ausschuss erklärt, er könne deshalb den Bericht nicht erstatten, weil er das Material nicht zur Verfügung gestellt erhalten habe. Wir ist

leider viel zu spät mitgeteilt worden (Zurufe b. d. Soz. 7 Monate hat es gedauert!), daß der Herr Abg. Lippe tatsächlich das Material zur Verfügung gehabt hat (Lebhaftes Sehr richtig! und Hört, hört! b. d. Soz. u. Komm. — Zuruf b. d. Soz.: So wird geschwindelt! — Hammer des Präsidenten. — Fortgesetzte stürmische Zurufe b. d. Soz. u. Komm.)

Abg. Wagner (Wirtsch.): Herr Abg. Hartisch hat hier eben gesagt, der Saalinhaververband hätte sich an das Ministerium gewandt, um zu verlangen, daß der 9. November befreit bleibe. Ich habe hier die Erklärung abgegeben, daß das eine Unwahrheit ist. (Lebhaftes Hört, hört! rechts und in der Mitte. — Lachen links.) Der Vorsitzende des Saalinhaververbandes ist erst vor einer halben Stunde bei mir gewesen und hat mir erklärt, daß er damit absolut nichts zu tun habe. Die Behauptung ist also un wahr. (Widerspruch und stürmische Zurufe links.)

Abg. Renner (Komm.): Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß meiner Auffassung nach die ganze Diskussion jetzt hier absolut unzulässig ist, daß sie faktisch abgelehnt wurde. (Sehr wahr! b. d. Soz. u. Komm.) Nach unserer Feststellung haben 46 Abgeordnete gegen das Durchführen dieser Diskussion gestimmt. Der Antrag also ist eigentlich abgelehnt worden. Da wir aber einmal darin sind, können wir auch den Laden jetzt ruhig weiter machen.

Ich möchte zuerst einmal ganz sachlich folgendes feststellen: die Angaben des Herrn Vorsitzenden des Rechtsausschusses sind insofern unrichtig (Zuruf links: Direkt erlogen!), als der Herr Abg. Herrmann von unserer Fraktion erst heute morgen die gesamten Protokolle des Ausschusses zur Verfügung gestellt erhielt, erst heute früh, vorher gar nichts! Hinzukommt, daß von den Eingaben noch nicht ein einziger Fetzen vorliegt und daß eine Fertigstellung des Berichtes also eine Unmöglichkeit darstellt. Somit zeigt sich, daß nicht die Minderheit, sondern die Mehrheit nach wie vor einen Bruch der Geschäftsordnung durchführt. Wenn die Mehrheit bei der vorigen Beratung sich noch hinter einige juristische Formulierungen vertriehen konnte, so haben die faktisch un wahren Behauptungen, die jetzt hier aufgestellt sind, unterstrichen, daß es sich um einen bewußten und gewollten Bruch der geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen handelt (Sehr richtig! links.) Ich erkläre auch hier wieder: wir sind weder bereit noch gewillt, uns einen derartigen Bruch der geschäftsordnungsmäßigen Rechte gefallen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Wir werden auch heute wieder — ich sage ausdrücklich — mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und mit allen Möglichkeiten gegen diese Handhabung der Geschäftsordnung ankämpfen. (Lebhaftes Sehr richtig b. d. Komm. u. Soz.)

Ueber die politische Seite der Aufhebung der Feiertage können wir uns ein anderes Mal auseinandersetzen, aber jetzt geht es um diese Frage, und ich sage und unterstreiche noch einmal, was ich in der vorigen Sitzung schon unterstrichen habe: Noch nie wurde mit einer solchen Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit vorgegangen! (Lebhaftes Sehr richtig b. d. Komm. u. Soz. — Redner wird zur Ordnung gerufen.) Wir mahnen uns mit allen Mitteln, die wir für richtig erachten, und wenn jene Seite die Bahnen, die sie sonst für heilig erklärt, verläßt, haben wir zumindest das Recht, scharf pointiert zu sagen, was Recht ist. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Komm. u. Soz.) Hier wollen Sie einen reaktionären Vorstoß mit einer brutalen Mehrheitsmaßnahme durchführen, mit einer Maßnahme, die eine schamlose Vergeewaltigung darstellt! (Stürmische Zustimmung b. d. Komm. u. Soz. — Redner erhält einen zweiten Ordnungsruf.) Man wagt es dabei noch, diese Maßnahme mit Vertufungen auf Ihre Verfassung zu verteidigen, und das Lächerliche dabei ist, daß die Leute, die ein paar Tage vorher hierherkommen und erklären, wir pfeifen auf Ihre Verfassung, sich auf solche verfassungsmäßige Bindungen hier festlegen und damit dokumentieren, daß sie allezeit willige Knechte zu jeder Vergeewaltigung des Proletariats darstellen. Wir sind die Vertreter des Proletariats und wir werden uns dagegen zur Wehr setzen. (Lebhaftes Händeklatschen b. d. Komm.)

Präsident: Wenn noch einmal geklatscht wird, dann verweise ich die Herren Abgeordneten aus dem Saale. (Zuruf b. d. Komm.! Warum so aufgereg?)

Abg. Herrmann (Komm.): Herr Vizepräsident D. Widmann hat geglaubt, er kann durch seine Erklärung dem Hause und also auch der Öffentlichkeit dartun, daß die Angaben, die hier vom Minderberichterfasser gemacht worden sind, nicht den Tatsachen entsprechen. Er glaubte dies bekräftigen zu müssen durch Angabe von bestimmten Terminen durch ein Schriftstück, das er vorgelesen hat. Ich stelle fest, daß heute morgen gegen 11 Uhr durch den Diener des Landtages nur das Stenogramm der letzten Sitzung an mich abgegeben worden ist, also weder eine Eingabe, noch ein Aktenstück, noch sonst etwas. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob dieses Schriftstück wirklich echt ist, ob es wirklich von der Kanzlei abgegeben worden ist. Es ist unerhört, wenn sich jemand hier herstellt und die Berichterstatter der Minderheit in der Öffentlichkeit der Unwahrheit bezichtigt. Ich möchte dagegen protestieren.

Abg. Müller (Planh) (Soz.): Es stellt sich eine Gipfelleistung von Demagogie und Verschleierung der Tatsachen dar, wenn man hierher kommt und will Tatsachen umbiegen, wie das heute der Herr Oberbürgermeister Dr. Bläher versucht hat (Zuruf links: Großer Schiebermeister! Oberchieber! — Der Zwischenrufer wird zur Ordnung gerufen.) Er hat heute früh durch seine Erklärung den Gegenstand vollkommen verschoben und man stellt sich nun noch hierher und hat die Stirn, als wenn die anderen die Vergeewaltigung vornähmen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn das dann mit Schamlosigkeit nichts mehr zu tun haben soll, dann verkehre ich tatsächlich eine solche Deduktion nicht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn den Herrschaften dann mit aller Deutlichkeit ins Gesicht gesagt wird, daß sie sich schämen sollen vor dem ganzen Lande (Abg. Widmann: Sehr wahr!), und sie wollen das noch abstreiten, daß es sich